

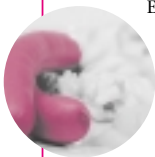
Interview



Eine Vorschau auf die Menschenrechtsveranstaltung in der kommenden Woche im HZO bietet Euch das Interview auf

Seite 2

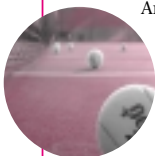
Rezension



Einen Einstieg in die Diskussion zur Deutschquote im Radio und die Verstrickung von Pop und Nation lest Ihr in der Rezi auf

Seite 3

Weihnachtszeit



Am Weihanchtsbaum der Redaktion hängen dieses Jahr Tennisbälle. Warum das so ist steht auf

Seite 4



Studi-Parlament beschließt Urabstimmung Wir entscheiden selbst

Auf der 9. Sitzung des Studierendenparlaments (SP) am letzten Freitag hat das SP nahezu einstimmig die Durchführung einer Urabstimmung unter allen Studierenden der RUB beschlossen. Das Thema: Sollen ab dem übernächsten Semester allgemeine Studiengebühren in Höhe von bis zu 500 Euro eingeführt werden oder nicht? Damit hat das SP einem Antrag der AStA-tragenden Listen, Grüne Hochschulgruppe, Die LISTE, Liberale Hochschulgruppe und RUB-Rosen zugestimmt.

Im SP werden neben der Wahl des AStA wichtige Grundsatzentscheidungen getroffen, Beschlüsse gefaßt und über Vorhaben abgestimmt. Ähnlich wie im deutschen Bundestag kann es hier zu hitzigen Debatten kommen und sinnvolle Ideen einer Fraktion können schnell durch die Gegenstimmen einer opponierenden Fraktion verhindert

werden. Selten wird also an einem Strang gezogen. Das Thema Studiengebühren hat nun möglich gemacht, was kaum jemand ahnte.

SP-ParlamentarierInnen ziehen an einem Strang

Lediglich vier ParlamentarierInnen enthielten sich der Stimme. Der Rest, darunter auch die Abgeordneten der Opposition von Alternativer Liste und Linker Liste, stimmten für die Urabstimmung. Damit war die nötige 2/3-Mehrheit erreicht. Vom 28. November bis zum 2. Dezember wird nun an die Urnen gebeten. Die Studierenden haben somit selbst die Möglichkeit in der Hand, sich gegen die von der Landesregierung geplante Einführung von Studiengebühren auszusprechen, indem sie ihr Kreuz an der richtigen Stelle machen.

Eine Woche lang können die über

30.000 Studierenden der Ruhr-Uni darüber abstimmen, ob sie „für ein gebührenfreies Studium ab dem ersten Semester und gegen Studiengebühren in jeglicher Form sind“, so der Text der Urabstimmung. Ablaufen wird die Urabstimmung wie die SP-Wahl in fast allen Cafés gegen Vorlage des Studierenden- ausweises.

Alternative zur Web-Umfrage

Die Urabstimmung soll eine demokratische Alternative zu der Online-Befragung darstellen, die momentan vom Rektorat zum Thema Studiengebühren durchgeführt wird (wir berichteten). AStA und Opposition lehnen die Umfrage ab, da diese mit „Suggestivfragen arbeitet, die ein wirkliches Stimmungsbild nur verfälschen“, so der AStA-Vorsitzende Kolja Schmidt. Er appelliert an die Studierenden, die sich trotzdem an der Umfrage beteiligen wollen, nur die eindeutige erste Frage zu beantworten: „Soll die RUB Studiengebühren einführen?“ Alle anderen Fragen seien zum jetzigen Zeitpunkt ohnehin noch nicht relevant.

Mitbestimmung nutzen

Die Satzung der verfassten Studierendenschaft sieht eine Urabstimmung unter allen Studierenden als wichtiges basisdemokratisches Element vor. Diese wird entweder mit einer 2/3-Mehrheit im Studierendenparlament beschlossen, oder wenn mindestens 5 Prozent der Studierenden eine Urabstimmung fordern. Die Grüne Hochschulgruppe hatte bereits vor der SP-Sitzung mehr als 2500 Unterschriften gesammelt, um eine Urabstimmung auf den Weg zu bringen. Der AStA hatte sich am 26. Oktober ebenfalls für eine Urabstimmung ausgesprochen. Nun hat auch das Studierendenparlament, das auch mit der Durchführung betraut sein wird, sein Placet gegeben. Dank der Einigkeit der ParlamentarierInnen kann damit trotz einer kleinen Panne der GHG bei der Sammlung der nötigen Unterschriften die Urabstimmung stattfinden.

Die Urabstimmung soll zu einer machtvollen Demonstration der Studierenden werden und Rektorat und Landesregierung klar machen, dass die Studierenden Studiengebühren in jeglicher Form ablehnen.

Das Ergebnis der Abstimmung wird auf den Seiten des Studierendenparlaments, des AStA und natürlich hier in der bsz veröffentlicht. Mit dem Votum der Studierenden wird der AStA dann an das Rektorat herantreten und die offizielle Meinung der Studierenden jenseits von „einseitigen Umfragen“ des Rektorats in den Diskussionsprozess einbringen. Obwohl das Rektorat nicht an das Ergebnis der Urabstimmung gebunden ist, dürfte es doch unter Legitimationsdruck geraten, wenn es Studiengebühren über die Köpfe der Studierenden hinweg einführen würde.

jj, RRR

Kopftuchverbot für Lehrerinnen in NRW Schwarz-Gelber Fundamentalismus

In den nächsten Tagen wird die schwarz-gelbe Mehrheit im nordrhein-westfälischen Landtag ein Gesetz zur Änderung des Schulordnungsgesetzes (SchOG) und des Schulverwaltungsgesetzes (SchVG) beschließen, welches Lehrerinnen verbietet, ein Kopftuch im Unterricht zu tragen.

Gerade als Atheistin denkt man sich nun: „Endlich wird die Trennung von Staat und Religion vollzogen.“ Aber dies ist nicht so. Christliche Symbole dürfen weiterhin getragen werden, vom Kreuz bis hin zur Nonnenkluft. Im SchOG steht unter Artikel 1, §1, Abs.6: „[...] Die äußere Bekundung christlicher Bildungs- und Kulturwerte oder Traditionen entspricht dem Erziehungsauftrag [...]“ Dies bedeutet doch ganz klar, dass das Bundesland NRW weder neutral noch säkular ist. Nordrhein-Westfalen will christliche Werte vermitteln und somit christlich erziehen. In der Landesverfassung steht ganz eindeutig unter Artikel 7, §1: „Ehrfurcht vor Gott,

Achtung vor der Würde des Menschen (...) ist vornehmstes Ziel der Erziehung.“ Hiermit werden AtheistInnen ganz klar ausgeschlossen, es wird damit sogar gesagt, dass wenn ein Kind keine Ehrfurcht vor Gott hat, der Erziehungsauftrag nicht erfüllt ist.

Landesverfassung vs. Grundgesetz

Unserer Meinung nach verstößt der Artikel 7 der Landesverfassung ganz klar gegen den Artikel 3, § 3 und Artikel 4, § 1 des Grundgesetzes, welche regeln, dass keiner aufgrund seines Glaubens benachteiligt oder bevorzugt werden darf.

In Artikel 1, § 3 des SchOG heißt es weiter, dass die Schule die Aufgabe hat die Jugend auf Grundlage des abendländischen Kulturerbes und des deutschen Bildungserbes zu erziehen. Zum abendländischen Kulturerbe gehören – neben zugegebenermaßen positiven Dingen – auch Verbrechen, wie die Kreuzzüge oder die Inquisition. Und zum deutschen Bildungserbe gehört, außer dem Humanismus und der Vernunft, auch die nationalsozialistische Rassenkunde.

**Deutstümelei in der
Landesverfassung**

Nicht nur, dass christlich-fundamentale Ideale vermittelt werden sollen, die Kinder sollen auch in Liebe zu Volk und Heimat erzogen werden, was – aus unserer Sicht – zwangsläufig Nationalismus und Ignoranz gegenüber anderen Kulturen zur Folge hat.

Es ist klar, dass wir (vom Referat für Demokratie, Frieden & Gesellschaft - DFG) hier sehr selektiv vorgehen. Es gibt auch sehr gute Aspekte in der Landesverfassung NRW wie z.B. die Erziehung zur Menschlichkeit, Demokratie und Friedensgesinnung. Doch die sehr übel aufstoßenden Inhalte der Landesverfassung haben bis heute verheerende Konsequenzen, die sich im jetzigen Kopftuchverbot manifestieren.

Dass eine C-Partei, wie die CDU ein Gesetz zum Kopftuchverbot verabschiedet, war zu erwarten, dass aber eine sich liberal nennende Partei, wie die FDP diesen christlichen Fun-

Fortsetzung auf Seite 3

:bochum in kürze

Skandalurteil in Bochum

Der 76-jährige Johannes Bienert ist am vergangenen Donnerstag, den 3. November vor dem Bochumer Amtsgericht zu 10 Tagessätzen à 50 Euro verurteilt worden. Er hatte am 9. November vergangenen Jahres eine Kranzniederlegung zum Gedenken an die Opfer der Reichspogromnacht am Platz der ehemaligen Synagoge in Wattenscheid organisiert, diese aber nicht ordnungsgemäß angemeldet (wir berichteten).

Die Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes/Bund der Antifaschisten (VVN-BdA) und die Soziale Liste Bochum kritisierten das Urteil als skandalös. „Der Rechtskultur in Bochum wurde mit diesem Urteil ein schwerer Schaden zugefügt“, heißt es in einer Erklärung des VVN/BdA. Der VVN/BdA und das Bochumer Friedensplenum rufen auch als „Zeichen der Solidarität mit Hannes Bienenert“ dazu auf, sich aktiv an der Kranzniederlegung am Mittwoch, den 9. November zu beteiligen. Treffpunkt ist um 12.00 Uhr, in der Fußgängerzone in Wattenscheid, Oststr. 40. Bienenert hat angekündigt, gegen das Urteil Revision einzulegen.

Neues AStA-Logo wird prämiert

Letzten Freitag war Abgabefrist, am Mittwoch, den 9. November, findet nun die Präsentation des neuen AStA-Logos statt. Eine Jury wird die abgegebenen Logos bewerten, die besten Logos werden ab 16 Uhr im Kulturcafé prämiert. Alle Studierenden sind natürlich herzlich eingeladen.

Wolf im Schafspelz

Sollten die Pläne der neuen Landesregierung NRW durchkommen und es in Zukunft Studiengebühren in NRW geben, kommen nicht nur auf die Studierenden schwere Zeiten zu. Dem eh schon in den letzten Jahren stark geschwächten ehrenamtlichen Engagement im Sport würde glatt der Boden unter den Füßen weggezogen. Noch am 6. September hatte der neue Innenminister des Landes NRW, Ingo Wolf, bei seiner Antrittsrede im Rahmen des Sportausschusses große Ziele. So versprach er gleich im ersten Punkt der Zielvorstellungen der Landesregierung im Bereich Sport: „Wir werden das ehrenamtliche Engagement im Sport in NRW stärken“. Das hören SportlerInnen natürlich gerne.

Auch wenn der Sport in einem hohen Maß kommerzialisiert ist, so ist er in Deutschland doch zu einem Großteil ehrenamtlich organisiert. Vom Übungsleiter im Sportverein bis hin zum Vorstandsfunktionär im LandesSportBund NRW arbeiten die Leute ehrenamtlich und opfern dabei einen Teil ihrer Freizeit um sich und anderen das Sporttreiben zu ermöglichen. Im Hochschulsport ist das nicht anders. Der Hochschulsport der RUB beschäftigt alleine 51 ÜbungsleiterInnen, meist Studierende. Diese bekommen zwar für ihre Arbeit eine Aufwandsentschädigung, aber leben läßt sich davon sicher nicht. Der Verdienst liegt zwischen 8 und 11 Euro pro Std. So kommen die Studierenden auf einen Verdienst von unter 200 Euro. Allerdings gibt es kein Geld für die Stundenvorbereitung, mögliche Anfahrt und Kursbetreuung bzw. Teilnehmerge-winnung.

Nun sollen, nach den Plänen der neuen Landesregierung, auch Studierende, die sich ehrenamtlich im Hochschulsport oder in anderen Sportvereinen engagieren und damit wie unser neuer Innenminister sagt, einen selbstlosen Einsatz für andere leisten, auch noch Studiengebühren zahlen! Wer wird sich da noch ehrenamtlich engagieren, wenn er als Kellner um die Ecke weitaus mehr verdienen kann! So erhält wohl das ehrgeizige Ziel von Minister Wolf, die Gewinnung von Jugendlichen zur Übernahme von ehrenamtlichen Tätigkeiten im organisierten Sport durch die überlegte Einführung von Studiengebühren die rote Karte. Das AStA-Sportreferat spricht sich grundsätzlich gegen Studiengebühren aus, sollten diese aber nicht zu verhindern sein, muß die Landesregierung darauf achten, das das ehrenamtliche studentische Engagement nicht unter Studiengebühren leidet und so zu Lasten aller Studierenden den Hochschulsport unmöglich macht.

Zwei AStA-Referentinnen zurückgetreten

Die AStA-Referentin für Hochschulpolitik, Jennifer Jaros und Service-Referentin Andrea Winhaus (beide GHG) sind von ihren Ämtern zurückgetreten. Dies teilte der AStA-Vorsitzende Kolja Schmidt auf der Sitzung des Studierendenparlaments am Freitag, den 4. November mit. Die Referentinnen seien aus „studientechnischen“ bzw. „beruflichen“ Gründen zurückgetreten.

Dem AStA war kürzlich von Seiten der Opposition vorgeworfen worden, nicht offen zu legen, wer für welches Referat zuständig sei bzw. Rücktritte nicht bekannt zu geben. Nach erneuter Anfrage der Alternativen Liste sicherte Kolja Schmidt auf der SP-Sitzung nun zu, noch vor dem 6. Dezember eine Aufstellung aller im Amt befindlicher ReferentInnen anzufertigen.

AStA sucht immer noch

Die Ausschreibung der bsz-Stellen, die durch den AStA neu besetzt werden, läuft immer noch. Einsendeschluß für Bewerbungen ist wie gehabt der 26. November, abzugeben sind sie im AStA-Sekretariat und die Voraussetzungen sind auch weiterhin auf Homepage und Flur des AStA veröffentlicht.

Menschenrechtsaktivist de Boer im Interview International einmischen!

Man nennt ihn „frommen Provokateur“ und „Intimen Kenner der Dritten Welt“. Der mittlerweile 80jährige Duisburger Pastor, Lehrer, Buchautor sowie Menschenrechts- und Friedensaktivist Hans de Boer setzt sich seit dem 2. Weltkrieg weltweit für Gewaltfreiheit, Frieden und die unbedingte Achtung der Menschenrechte ein. Am 16. November ist er im Rahmen des AStA-Aktionstags „Artikel 1 – Ist die Würde des Menschen unantastbar?!“ zu Gast an der Ruhr-Universität. Das Referat für Demokratie, Frieden & Gesellschaft sprach vorab mit dem streitbaren Weltbürger.

DFG: Den vergangenen Monat hast Du in Südamerika verbracht. Wer sich schon mal näher mit deiner Person beschäftigt hat, weiß, dass es sich hierbei sicherlich nicht um eine Urlaubsreise gehandelt hat. In welchem Zusammenhang bist Du den weiten Weg angetreten?

Hans: Ich war auf Einladung von den Vereinten Nationen und Amnesty International in verschiedenen südamerikanischen Ländern unterwegs und habe an der Befreiung von politischen Gefangenen mitgewirkt. Wichtig ist, dass es sich hierbei ausschließlich um Menschen handelte, die unschuldig inhaftiert wurden und niemals irgendeine Form von Gewalt angewendet haben. Wir haben uns konkret um 18 politisch Inhaftierte gekümmert. Immerhin fünf von ihnen wurden daraufhin aus der Haft entlassen. Das ist zwar nicht zufrieden stellend, aber besser als gar nichts.

Woher nimmst Du auch mit immerhin 80 Jahren noch die Motivation Dich weltweit so zu engagieren?

Das geht ganz ursprünglich gesehen auf entscheidende Erlebnisse während der Nazi-Zeit zurück. Als meine damaligen jüdischen Klassenkameraden festgenommen wurden – und ich wusste was mit denen geschieht – und vor allen Dingen als ich während meiner Zeit in der Nazi-Wehrmacht gesehen habe was wir dort alles anrichteten, da habe ich mir gesagt, wenn Du das überlebst, wirst Du nie wieder zu Unrecht schweigen! Ganz egal ob Du es selbst tust oder andere.

Dein Engagement war ja stets international orientiert...

...ja, ganz klar. Aus meiner Sicht wäre es falsch, sich nur auf „Deutschland, Deutschland über alles“ zu beschränken. Für mich war es ebenso wichtig, mich beispielsweise in Korea, Vietnam sowie in Irak zu engagieren. Es gilt, sich international einzumischen, jedoch keinesfalls als christlicher Missionar.

Dein Ausspruch, „fragt uns, so lange es uns noch gibt“ verdeutlicht Dein Anliegen, auch in hohem Alter noch so viel wie möglich aus Deinem bewegten Leben mitteilen zu wollen, um so auch Anreize zu konkretem Engagement zu stiften. Am 16. November können wir Dich auch an der Ruhr-Universität begrüßen. Welche Botschaft hast Du konkret für junge Menschen?

In diesem Jahr konnte ich aus gesundheitlichen Gründen und auf Grund meines Südamerika-Aufenthaltes bisher leider nicht allzu aktiv werden. Aber wenn man das letzte Jahr nehmen würde, dann waren es 173 Vorträge in Schulen, Universitäten, Kirchen und Gewerkschaften. Meine Vorträge beginne ich meistens mit den Worten, „mein Name ist Hans de Boer, ich bin Jahrgang 1925, ich bin 80 Jahre

alt und gehöre zur Versager-Generation in Deutschland. Es kann sein, dass ihr euch bald genauso nennen müsst, wenn ihr nicht irgendwas tut gegen Unrecht, entweder erstmal in Deutschland oder in Europa oder auch in der ganzen Welt!“. Außerdem nenne ich in der Regel einige Zahlen, z.B. dass wir laut UNO pro Tag ungefähr 100.000 Menschen absichtlich – ich wiederhole: absichtlich – verhungern lassen. Und dann füge ich hinzu, „wer jetzt hier vor mir sitzt und das nicht weiß, sagt die Unwahrheit – das kann man in jeder Zeitung nachlesen oder auch im öffentlich-rechtlichen Fernsehen erfahren!“.

Hier stellt sich allerdings die Frage, inwieweit die heutige junge Generation ausreichend sensibel für solche Zusammenhänge ist. Man hat ja schon manchmal das Gefühl, dass viele Jugendliche und junge Erwachsene eher dazu neigen, unangenehme Fragen aus ihrem Alltag auszublenden.

Das sehe ich ähnlich. Wer sich nicht aktiv auf die Suche nach glaubhaften Informationen begibt, kann auch nichts verändern. Die Fernsehgewohnheiten der jungen Generation sprechen da eine deutliche Sprache. Außerordentlich hohe Einschaltquoten von Sendungen wie „Gute Zeiten schlechte Zeiten“ und „Marienhof“ sind nicht unbedingt als Zeichen in die richtige Richtung zu werten. Dann bleibt eben nur zu sagen, „wenn ihr auch Versager-Generation sein wollt – lebt so weiter“.

Nehmen wir einmal an, es gibt trotzdem junge Menschen, die nicht zu einer Versager-Generation gehören wollen. Wie können, bzw. sollten sie sich aus Deiner Sicht denn konkret engagieren?

Es gibt verschiedenste Arten sich einzumischen. Man kann sich bei Initiativen und Organisationen wie Amnesty International und Greenpeace engagieren aber auch direkt in einem Dritte-Welt-Laden im Heimatort mit anpacken. Eine wichtige Form der Einmischung ist auch das Verfassen von Briefen an Regierungen. Diese Briefe bewirken übrigens etwas. Ich weiß zum Beispiel von einem ehemaligen Bundespräsidenten, mit dem ich sehr verbunden bin (Johannes Rau, Anm. d. Redaktion), dass diese Briefe, die da ankommen mit Beschwerden über dies oder jenes, nicht im Einzelnen, aber doch in der Mehrheit den Entscheidungsträgern vorgelegt werden.

Womit wir auch schon im Bereich des Politischen wären. Welche Perspektive ergibt sich seit der Bundestagswahl am 18. September?

Als mich die NRZ vor der Wahl nach einer Wahlempfehlung fragte, habe ich gesagt, dass als ein Nichtmitglied einer politischen Partei, ich immer für einen Menschen stimmen würde, der gesagt hat, „kein deutscher Soldat nach Irak.“ Das war Herr Schröder! Frau Merkel hingegen saß zwei Tage nachdem dieser Satz gefallen ist, auf dem Schoß, ich meine natürlich im Zimmer des Vizepräsidenten der USA und sagte, sie würde Soldaten schicken.

Was Innenpolitik angeht, bin ich natürlich – zum Teil auch sehr zum Ärger von Studenten – der Meinung, dass es uns allen zu gut geht. Ich komme jetzt aus einem Land zurück, wo mir ein evangelischer Pfarrer, der Theologie studiert hat, gesagt hat, dass er mit seiner Frau und seiner Tochter in einem Bett wohnt und nicht mal elektrisches Licht zur Verfügung hat. Und wir regen uns zum Beispiel über Zuzahlungen beim Zahnersatz auf. Wir kritisieren Gehaltseinbußen und lassen zugleich 100.000 Menschen absichtlich verhungern – im Namen des Vaters, des Sohnes und des heiligen Geistes.

Besteht hier aber nicht die Gefahr, dass beispielsweise ein Lohnverzicht dazu führt, dass die schwächsten Teile der Bevölkerung innerhalb der entwickelten Länder im Verhältnis am meisten von negativen Auswirkungen betroffen sind und somit neben die weltweite noch eine zunehmende nationale Ungerechtigkeit tritt?

Das ist natürlich keine wünschenswerte Perspektive. Ich bin der Meinung, dass beispielsweise in Deutschland insbesondere reiche Menschen höhere Steuern zu zahlen haben und gewisse Vergünstigungen abzubauen sind. Wenn die Arbeitnehmer dadurch etwas reicher werden, dann ist das wohl richtig. Gefragt ist aber ein grundsätzlicher Perspektivenwechsel. Mir ist aber besonders wichtig, dass die Ärmsten der Armen in den Entwicklungsländern endlich menschenwürdig leben können.

Was sagt Du dazu, dass Flüchtlinge, die aus ihren Heimatländern fliehen, um ein besseres Leben in Europa zu führen, an den Grenzen abgefangen werden, in Lager gesteckt werden oder sogar erschossen?

Wir müssen Menschen, die hierhin gelangen auf jeden Fall aufnehmen, auch unter der Perspektive, dass sie in Deutschland arbeitslos sind. Es ist unsere Pflicht Flüchtlinge aufzunehmen – vor allem nach unserer Ermordung 6 Mio. unschuldiger Juden. In diesem Punkt halte ich auch das Grundgesetz für schlecht, obwohl es – nach Kanada – eine der besten Verfassungen der Welt ist.

Du hast in Deinem Leben so viele Schatten-seiten gesehen, kannst Du – als Pfarrer und Religionslehrer – bei all dem Schrecken in der Welt noch an Gott glauben?

Ja! Nehmen wir die Bibel. Das Gebot „Du sollst nicht töten“ ist eine meiner Handlungsmaximen. Ich bin ein 99,9prozentiger Pazifist – wie mein Vorbild, der weltberühmte, von uns ermordete deutsche Theologe Dietrich Bonhoeffer. Gott hat uns dieses Gebot gegeben, aber er hat uns auch die Freiheit gegeben es zu brechen. Diese Frage treibt mich immer wieder um, insbesondere wenn ich an die 6 Millionen ermordeten Juden denke oder an den Völkermord in Ruanda, zu dem wir wie üblich geschwiegen haben. Mich beschäftigt aber auch die Tatsache, dass viele Menschen, die sich Christen nennen, genauso morden, sogar im Namen Gottes. Als ich in den USA war, haben z.B. fundamentalistische Christen Ärzte vor Abtreibungskliniken ermordet. Sie bestrafen Schwangerschaftsabbrüche mit dem Tod und gleichzeitig befürworten sie das Töten von Menschen, wenn es sich z.B. um über 100.000 irakische Zivilisten handelt.

Ähnliches sehen wir heute beim US-amerikanischen Präsidenten. George W. Bush rechtfertigt Menschenrechts- und Kriegsverbrechen mit seinem Glauben.

Das Verhalten von Bush ist ein Verbrechen, aber solange er nicht auffordert alle islamischen Kinder – ob im Bauch oder schon geboren – zu töten, würde ich ihn nie als Nazi bezeichnen. Das ist meiner Meinung nach der Unterschied zwischen einem Faschisten und einem Nazi. Ich denke, dass die USA zurzeit einen sanften Faschismus erlebt. Bush ist ein sanfter Faschist, genauso wie damals Franco oder Mussolini oder wie heute Berlusconi.

Hans wir danken Dir für dieses Gespräch und freuen uns auf Deinen Vortrag am 16. November!

Das Gespräch führten:

Karsten Finke, Florian Krampe und Jan Thorweiger

vom AStA Referat für Frieden, Demokratie und Gesellschaft



Popkultur meets Nationalismus

Can't relax in Deutschland?

Was ist moderner Nationalismus und wo müssen wir ihn suchen. Darüber möchte ein kleines Büchlein Aufschluss geben, welches vor einigen Wochen im Verlag unterm durchschnitt erschienen ist. Daß mensch dieses Büchlein im Plattenregal ebenso findet, wie im gutsortierten Buchhandel erstaunt nur auf den ersten Blick. Zum einen paßt die Größe wunderbar ins CD-Regal, zum anderen ist eine ebensolche CD auch gleich als Beigabe im Büchlein versteckt. Unter dem Titel „I can't relax in Deutschland“ versuchen die InitiatorInnen ihre kurze aber inhaltlich auf den Punkt gebrachte Meinung zur Verstrickung von Popkultur bzw. -musik und einem nationalistischen Gedanken näher zu bringen



Popkultur vs. Popkultur

Kritik wird laut an einem neuen, modernen Nationalismus, der in den letzten Jahren in der deutschen Gesellschaft und damit auch in der Popkultur entstanden ist. Der zweite Weltkrieg und seine Sünden werden vergessen oder durch eine Verwischung der Opfer-Täter-Beziehung wie in „Der Untergang“ verzerrt. Die AutorInnen glauben allerdings, dass all diese Phänomene nur Ausdruck einer gesamtgesellschaftlichen Entwicklung sind. Die Sehnsucht nach einem unverkrampften Verhältnis zu Deutschland und einem neuen positiven Heimatgefühl versuchen nicht nur namhafte deutsche Musiker zu propagieren, sondern durch den Transport der Botschaft über die Popmusik nehmen auch immer mehr KonsumentInnen aktiv daran teil.

Quote und Provocate

Anfang des Jahres erstarkte wieder einmal die Debatte um eine Deutschquote im Radioprogramm. Namhafte KünstlerInnen wie Jan Delay (Begin-

ner), Mieze (Mia), Smudo (Die Fantastischen Vier) und Xavier Naidoo wurden von vielen weiteren deutschen InterpretInnen dabei unterstützt mehr deutsches Liedgut einzufordern um somit „eine Chancengleichheit in den Medien wieder herzustellen“. Kritik wurde zudem geäußert am mangelhaften ästhetischen und authentischen Gehalt öffentlich rechtlicher und privater Radioprogramme und deren angloamerikanisch geprägter „Schundmusik“.

Vergessen wird scheinbar, dass viel der in Deutschland und teilweise auch auf deutsch dargebotenen Popmusik ihre Wurzeln nicht in Mannheim sondern in den Ghettos nordamerikanischer Großstädte hat.

Mit „I can't relax in Deutschland“ soll transportiert werden, dass es etwas Besseres gibt als die Nation, dass Nation nichts Natürliches, nichts organisch Gewachsenes ist, sondern dass es ein Konstrukt des Kapitalismus ist. Durch die in Deutschland bestehende spezielle historische Dimension reicht es nach AutorInnenmeinung nicht aus, sich in einem Songtext mit Nation auseinander zu setzen. Wer nicht gleich an dieser Stelle schon das Jucken in den Fingern spürt ein Lied zu schreiben, der sollte also einem Blick ins Büchlein wagen.

Roger Behrens deutet im Buch die Entwicklung z.B. so: Der Hauptgrund ist wahrscheinlich die ökonomische Krise in Deutschland. Frei nach der Faustregel: je größer die Krise, desto höher der Zulauf zur Nation. In unsicheren Zeiten besinnt man sich auf das einende Kollektiv, bewußt oder unbewußt. Tugenden, welche eigentlich erlernt werden müssen, werden zum Nationalcharakter erklärt und sollen mit Hilfe des Pop massenkompatibel als Lockmittel in den gelebten Nationalismus lenken. Doch dem vermeintlichen Nationalstolz fehlt es an inhaltlicher Basis.

Keine Popkultur der Nachkriegszeit hat es geschafft den Kapitalismus als solchen anzugreifen. Der Nationalismus dient zudem immer nur der Identifikation mit dem Kollektiv, ist jedoch nie mit der Entwicklung einer persönlichen Freiheit und der Abgrenzung dem System gegenüber verbunden.

Freie Rebellion

Schade, dass durch die antideutsche Haltung der AutorInnen ein leichter Hang zur Proamerikanisierung durch die Texte scheint. Die eigentliche Botschaft, daß Musik ein interkulturelles und internationales Happening ist und mehr kann, wird so eher als Nebeneffekt in der Argumentation verbraucht. Musik, insbesondere solche mit schwarzem Ursprung vermag durch subversive Klänge und Rhythmen ein verzerrtes Bewegungsmuster und eine freie Rebellion ohne ökonomischen Zweck beim Konsumenten zu erzeugen.

Auf der beiliegenden CD finden sich natürlich ausnahmslos deutsche Acts. Die Macher des Werks haben versucht Bands anzusprechen, die zumindest ein Bewusstsein für die Problematik haben und wollten klar machen, „dass nicht das Deutsch sein hier die Klammer ist, sondern das Bekenntnis zu Universalismus, das die Bands hier vereinigt“. Neben Tocotronic, Superpunk und Knarf Reliö fanden sich noch 17 weitere Bands und SolokünstlerInnen, die ein wie mensch es von Samplern gewohnt ist, streckenweise unterhaltsames Hörvergnügen bereiten.

RRR

„I Can't Relax in Deutschland“

Verlag Unterm Durchschnitt, Conne Island, Beatpunk Webzine, Propellas, Guess I Was Punk und Blackstar Conspiracy, Buch und CD, 16 Euro 99.



Fortsetzung von Seite 1

Kopftuchverbot

damentalismus mitträgt und sogar, wie der Fraktionsvorsitzende im Landtag NRW Papke, das Gesetz in der taz vom 26. Oktober verteidigt, ist sehr traurig. Mit dem Gesetz soll laut Papke verhindert werden, dass fundamentalistische Haltungen an unseren Schulen Einzug halten. Somit setzt er das muslimische Kopftuch mit Fundamentalismus gleich. Papke begründet diese Annahme mit Parallelgesellschaften und dem vorgeblich gescheiterten Multikulturalismus in NRW. Für ihn steht das Kopftuch in Verbindung mit Ehrenmorden und Zwangsverheirathungen.

Berufsverbot für Muslime?

Das Kopftuchverbot entspricht einem faktischen Berufsverbot für alle muslimischen Frauen, die ein Kopftuch tragen. Es gibt für sie nur eine Möglichkeit dem

Berufsverbot zu entgehen, nämlich indem sie ihre Persönlichkeit einschränken. Es gibt nur zwei gerechte Möglichkeiten mit religiösen Symbolen umzugehen. Erstens könnte man jegliche äußere Bekundungen von religiösen Symbolen in der Schule verbieten, egal zu welcher Religion sie gehören oder man kann ganz einfach alle religiösen Symbole in Schulen erlauben. Doch die NRW-Landesregierung nimmt eine Separation vor: Christliche und jüdische Symbole ja und alle anderen Symbole nein. So leicht kann man sich dies als Staat aber nicht machen.

Gleichbehandlung aller Religionen und Kulturen

Wir vom DFG-Referat fordern den Landtag NRW auf, dass Kopftuchverbot nicht als Gesetz durchzusetzen, wir sind der Meinung,

dass jede Person das Recht hat zu tragen, was sie will. Die LehrerInnen sollten sogar sagen dürfen, ob und wenn ja, woran sie glauben; sie dürfen nur nie sagen, dass ihre Meinung zwangsläufig die Wahrheit ist. Die Institution Schule muss neutral sein, also dürfen z.B. in Klassenräumen keine Kreuzfixe hängen, aber Personen sollten jederzeit ihre Meinung äußern dürfen, solange sie diese Meinung nicht lehren.

Neben dem Rückzug des Gesetzentwurfes fordert das ASTA-Referat für Demokratie, Frieden und Gesellschaft den Landtag NRW auf, dass der Gottesbezug aus Artikel 7,§1 der Landesverfassung NRW gestrichen werden soll.

Auch das DFG-Referat ist sich bewußt, dass in manchen muslimischen Familien die Menschenrechte, insbesondere die der Frauen, verletzt werden. Aber dies ist in christlichen Familien auch nicht viel anders. Der Dialog zwischen den Kulturen muss viel stärker werden und die teilweise rassistische Politik der BRD muss endlich aufhören, damit eine wirkliche pluralistische Integration aller Religionen und Kulturen stattfinden kann. Wenn dieser Dialog endlich intensiviert würde, wäre ein pluralistischer Multikulturalismus kein Traum mehr, sondern könnte endlich Wirklichkeit werden.

Karsten Finke

Referat für Demokratie, Frieden und Gesellschaft



:bsztermine

Mittwoch, 9. November

Gedenkveranstaltungen an die Reichprogromnacht 1938

12.00 Uhr, Fußgängerzone in Wattenscheid, Oststr. 40

17.30 Uhr Dr. Ruer Platz, Bochum-Zentrum

Rote Ruhr Uni:

Udo Wolter: Nicht im Namen des Anderen. Der Antirassismus und sein Verhältnis zu Islamismus und Islamophobie

19.30 Uhr, Kultur Café RUB

Treffen des Friedensplenums

19.30 Uhr, Bahnhof Langendreer

Donnerstag, 10. November

Jubiläumskonzert – 40 Jahre RUB

19 Uhr, Audimax, RUB

SKF zeigt:

My Summer of Love

GB 2004. R: Pawel Pawlikowski. B: Pawel Pawlikowski, Michael Wynne, Helen Cross. K: Ryszard Leniewski, David Scott. D: Natalie Press, Emily Blunt, Paddy Considine. 86 Min. 18 und 20.30 Uhr, HZO 20, RUB

Freitag, 11. November

entflammBAR

19 Uhr, Soziales Zentrum, Rottstr. 31

Samstag, 12. November

RUDenight

feat. Señor Daniel's Ska, Reggae, Northern Soul, n' Rock'n'Roll

20 Uhr Subrosa Dortmund

Sonntag, 15. November

Diitsche

Das wirklich-wahre Leben

22.30 Uhr, WDR Fernsehen

Montag, 14. November

Montagsdemo

18 Uhr, Husemannplatz

PatientInnenverdatung. Die elektronische Gesundheitskarte

mit Erika Feyerabend
19.30 Uhr, Bahnhof Langendreer

Rote Ruhr Uni:

Sonja Witte - Hitchcock in Deutschland - oder wie die Nazis zu Drogendealern wurden

19.30 Uhr, Kultur Café RUB

Dienstag, 15. November

SKF zeigt:

Night of the Living Dead

“They keep coming back in a bloodthirsty lust for HUMAN FLESH!”
USA 1968, 96min

18 und 20.30 Uhr, HZO 20, RUB

Rote Ruhr Uni:

Hanno Pahl - Luhmann und Marx - Systemtheorie und Systemkritik

19.30 Uhr, Kultur Café RUB

Mittwoch, 16. November

Aktionstag Menschenrechte

„Artikel 1 - Ist die Würde des Menschen unantastbar?“
Das ASTA-DFG-Referat hat VertreterInnen verschiedener Organisationen eingeladen und präsentiert Vorträge u.a. mit Hans de Boer.

11 bis 20 Uhr HZO, RUB



Das war kein Fehlurteil. Das war Deutschland.

Frauen zur Weihnachtszeit

Billie Jean won for all women

Erfahrene LeserInnen erinnern sich sicher noch an die Reihe Wissen zur Weihnachtszeit, in der wir letztes Jahr unter dem Motto „Know your neighbourhood“ so allerlei Wissenswertes über Erde, Sonne und Mond verrieten. An den großen Erfolg dieser Reihe wollen wir denn dieses Jahr auch anknüpfen, wenn wir hier in loser Folge bedeutende Frauen vorstellen, quasi unter dem Motto „Know your sisterhood“. Rosa Parks wäre ein gutes Beispiel für eine solche Frau, weil die inzwischen aber jeder kennt, erzählen wir stattdessen von der bedeutendsten Tennisspielerinnen aller Zeiten, Billie Jean King.

Die beiden bekanntesten Tennisspielerinnen in Deutschland sind bzw. waren wahrscheinlich Steffi Graf und Boris Becker, deren Erfolge Mitte der Achtziger Jahre Tennis zur drittbesten Sache der Deutschen machten. Eine ähnliche Rolle spielte Billie Jean King Mitte der Siebziger Jahre in den USA, als die Professionalisierung des Tennis Früchte trug und Tennis ein populärer, kommerziell erfolgreicher Massensport wurde. Fünfzehn Jahre zuvor, als Billie Jean Moffit ihre Karriere begann, war Tennis noch ein Amateur-Sport, d.h. Athletinnen direkt zu bezahlen oder mit hohen Preisgeldern zu be- bzw. entlohn war verpönt oder verboten. Dieses Prinzip hatte neben dem eigentlichen Zweck, den dem Sport innewohnenden „Olympischen Geist“ nicht zu korrumpieren, den angenehmen Nebeneffekt, dass die, die es sich leisten konnten beim „fairen Wettkampf“ unter sich blieben. Entstanden waren die meisten Sportarten schließlich zu einer Zeit, als nur Adlige und Begüterte überhaupt Zeit für Sport hatten.

You love give me such a thrill

Angehts der Gewinnspannen der Vermarktung von Profisport war dieses System aber schließlich nicht mehr haltbar und wurde im Tennis 1968, dem Beginn der „open era“, abgeschafft (seitdem gibt es US Open, French Open und so weiter, die auch für Profis offen sind). Billie Jean King spielte knapp 25

Jahre lang sehr erfolgreich Tennis, seit 1968 als „Pro“, und war neben ihren Erfolgen eine treibende Kraft dieser Professionalisierung. Sie ist bis heute eine erfolgreiche Geschäftsfrau und blieb ihrem Sport als Funktionärin, Trainerin und Promoterin erhalten. Ihre Erfolge auf dem Platz selbst sind legendär, sie dominierte das Frauentennis der sechziger Jahre. So gewann sie z.B. 1967 und 1973 in Wimbledon das Einzel, das Doppel und das gemischte Doppel und ist auch bis heute die einzige Frau (Tony Trabert ist der einzige Mann), die Einzel-Titel auf allen vier Oberflächen gewinnen konnte.

But you love won't pay my bills

Zur bedeutendsten Spielerin machen sie allerdings nicht allein ihre Erfolge, sondern das konsequente Eintreten für ihre Rechte. Im Frauenbild der sechziger Jahre, das sich im Vergleich zum Nachkriegsdeutschland vielleicht bei revoltierenden StudentInnen, nicht aber beim Rest der Bevölkerung wesentlich verändert hatte, war eine erfolgreiche, athletische Frau eigentlich nicht vorgesehen. Mädchen (und Frauen) hatten brav, hübsch, devot und häuslich zu sein. Eine durch ihren Sport reichgewordene Amazone, die schwitzend durch die Gegend springt war zwar schon möglich, aber noch lange nicht normal. Auch das mit dem Reichwerden war gar nicht so einfach. Wie bis heute üblich wurden (und werden) auch im Tennis die Frauen schlechter bezahlt. Als Billie Jean King 1972 beim Gewinn der US Open wieder mal weniger Preisgeld bekam, drohte sie im nächsten Jahr nicht wiederzukommen und auch mal mit ihren Kolleginnen zu sprechen. Ob es diese Drohung allein war, weiß ich nicht, aber 1973 wurden die US Open das erste große Turnier, das gleiche Preisgeld auszahlte. Für die Gleichstellung der Frau im Tennis, oder genauer das Ende der größten Benachteiligungen, hat wahrscheinlich niemand mehr getan als sie.

Brave Mädchen kommen in den Himmel...

Neben den offensichtlichen Vorteilen, die das für Frauen im Sport, nicht nur im Tennis, hatte und hat, interessiert uns hier bei Frauen zur Weihnachtszeit besonders der Gefallen, den sie damit Frauen generell gemacht hat. Der hat mit dem schon erwähnten Frauenbild und den daraus resultierenden Frauenrollen,

d.h. den Möglichkeiten, die die Gesellschaft Frauen anbietet, zu tun. Mehrere Generationen von Frauen konnten sich vorm Fernseher vereint mit eigenen Augen davon überzeugen, dass es außer Heim und Mann noch andere Möglichkeiten gibt, seine Zeit oder auch gleich sein Leben zu verbringen. Das heißt natürlich nicht, dass plötzlich jede Frau Wimbledon gewinnen kann, während das vorher noch verboten war. Aber Billie Jean King war ein wichtiges Vorbild, sie hatte einen bleibenden Einfluss auf die Welt des Sports und die der Frauen. Ihre berufliche Erfolge und die Entschlossenheit und Konsequenz, mit der sie für ihre Überzeugungen eintritt, konnten schließlich auch die Männer nicht ignorieren. Auch ihre Wahrnehmung von Frauen veränderte sich.

...Böse Mädchen kommen überall hin.

Für diesen Effekt lässt sich praktischerweise sogar ein Datum angeben. Am 20. September 1973 besiegte Billie Jean King in einem Showmatch Bobby Riggs. Der hatte in den vierziger Jahren erfolgreich Tennis gespielt, verdiente sein Geld zu dieser Zeit allerdings mit Wettspielen und Vorführungen. Wahrscheinlich als Marketing-Gag trat er 1973 als Chauvi auf und behauptete selbst er als 55-Jähriger spiele besseres Tennis als jede Frau. Billie Jean King akzeptierte die Herausforderung erst, als Riggs in einem ersten Spiel eine leicht verletzte und schlecht vorbereitete Topspielerin besiegte hatte und es damit auf einige Titelseiten schaffte. Um sich von diesem Playboy ihre Arbeit nicht kaputt machen zu lassen (und wegen der fürstlichen Bezahlung) ließ sie sich dann von vier als Sklaven verkleideten Männern Kleopatra-gleich auf einer Säufte in die Arena tragen. Bobby Riggs erschien in einer Rikscha, die von leicht bekleideten Models (weiblichen, versteht sich) gezogen wurde. King hatte sich schlaue gemacht, war auf Riggs' Spielstil vorbereitet und gewann überzeugend (6-4, 6-3, 6-3). Das als „Battle of the Sexes“ bezeichnete Match hat bis heute das größte Publikum angezogen und wurde von geschätzt 50 Millionen Menschen in 37 Ländern am Fernseher verfolgt. So sicherte sich auch Bobby Riggs seinen Platz in der Geschichte der Frauenbewegung.

dek

Am 3. November 2005 wurde in Bochum wieder Recht gesprochen. In Namen des Volkes. Ein 76-jähriger Bochumer Antifaschist wurde verurteilt. Wie wir berichteten, hatte er am 9. November 2004 zum Gedenken an die Opfer der Reichspogromnacht im Jahre 1938, zusammen mit vier Gleichgesinnten, einen Kranz an der Gedenktafel der zerstörten Synagoge in Bochum Wattenscheid niedergelegt. Der Mann heißt Johannes Bienenert, ist 76 Jahre alt und Antifaschist.

Er hatte allerdings einen Fehler begangen: er hat die Versammlung nicht genehmigen lassen. Da denken 5 (fünf!) Bochumer Bürger daran, was in diesem Land vor 67 Jahren passiert ist, tragen Plakate durch die Wattenscheider Fußgängerzone wie „9. November – damit die Nacht nicht wiederkehre“ oder „Faschismus ist keine Meinung, sondern ein Verbrechen“ und werden dafür verurteilt.

Ja, natürlich! Hat wirklich irgendjemand daran gezweifelt. Hat wirklich irgendjemand daran gedacht, ausgerechnet ein Bochumer Richter springt über seinen eigenen Schatten, stellt seine Zukunft in Frage, seine Karriere.

Warum sollte er dies tun, seine Begründung des Urteils war vermutlich formaljuristisch korrekt. Man hat ein solches Urteil von ihm erwartet – er hat es geliefert. Der Mann hat nicht eine Sekunde darüber nachgedacht, ob das „anständig“ war.

Er denkt vermutlich überhaupt sehr wenig darüber nach, wie in diesem Land mit Menschen umgegangen wird und was es heißt „anständig“ zu sein. Und im Gegensatz zum DGB-Bochum wagen wir die Behauptung, er hat sehr wohl zwischen „Wesentlichem und Unwesentlichem“ oder „Wichtigen und Unwichtigem“ zu unterscheiden gewusst, zwar nicht unbedingt zum „Wohle des Volkes“, sondern eher zu seinem oder dem seines Innenministers, dem er sich verpflichtet fühlt, aber dies alles unterscheiden, kann der Mann sehr wohl.

Und er steht damit nicht alleine. Das war kein Fehlurteil. Das war Deutschland. Trotzdem möchte die Redaktion des Labournet Germany sich bei Ihnen im Namen aller „anständigen“ Bochumer und aller „anständigen“ Bürger dieses Landes für dieses Urteil entschuldigen und uns bei Euch allen fünf bedanken – Ihr seid sehr wichtig und Euer Tun wesentlich!

Redaktion des
Labournet Germany Bochum, 06.11.2005

:bszimpresum

bsz – Bochumer Stadt- & Studierenden-Zeitung

Herausgeber: ASIA der Ruhr-Universität Bochum – der Vorstand: Kolja Schmidt, Judith Schmitte, Tobias Tolksdorf
Redaktion dieser Ausgabe: Daniel Kloda (dek), Ralf Seipel (RRR), Jörn-Jakob Surkemper (jjs)
V.i.S.d.P.: Daniel Kloda (Anschrift siehe unten)
Bildnachweis: www.photocase.de (S.3 oben, S.3 unten), sxc.hu (S.1 beide, S.4 oben)
Auflage/Druck: 3.000 Stück, Druckerei Neuer Weg, Essen
Anschrift: bsz, c/o ASIA der Ruhr-Universität Bochum, Studierendenhaus Raum 081, 44780 Bochum
Fon: 0234-32-26712; **Fax:** 0234-32-16900
E-Mail: bsz@ruhr-uni-bochum.de
WWW: http://www.ruhr-uni-bochum.de/bsz